

Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei:

Eröffnungsrede

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Wat mutt, dat mutt!, sagt der Hamburger.

und das bedeutet:

Was gesagt werden muss,
das sagen wir auch.

Mit Anstand, aber auch mit entsprechender Deutlichkeit.

Drei Worte, die einen Grundanspruch der Menschen formulieren:

"In Sicherheit leben".

So lautet das Motto des 22. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei.

Die Mehrdeutigkeit ist gewollt.

Da ist erst einmal der Anspruch der Bürger an ihren Staat, ein Leben in Sicherheit und ohne Angst führen zu können - der Anspruch auf Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Da ist aber auch der Wunsch nach sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit. Diesen Wunsch haben alle Bürger. Ich nehme an, es ist niemand überrascht, wenn ich hinzufüge, dass wir diese soziale und wirtschaftliche Sicherheit auch für die Beschäftigten der Polizei beanspruchen.

Der 22. Ordentliche Bundeskongress der GdP wird sich in den nächsten vier Tagen mit den verschiedenen Facetten des Mottos beschäftigen. Zur Eröffnung unseres Kongresses begrüße ich Sie alle sehr herzlich. Seien Sie uns willkommen. Die Begrüßung im Einzelnen wird gleich mein Kollege Bernhard Witthaut übernehmen.

Wir Hamburger, das wissen Sie, halten uns gerne vornehm zurück. Daher nutze ich jetzt - gleich zur Eröffnung - die Gelegenheit, um einige Gedanken zu unserem Motto zu äußern.

"Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee", sagt Georg Wilhelm Friedrich Hegel.

Wenn ich die Nachrichtenlage und insbesondere die Schlagzeilen einiger großbuchstabiger Tageszeitungen so verfolge, frage ich mich immer öfter, welche

"sittlichen Idee" Hegel gemeint haben könnte.

Vor zwanzig Jahren war Helmut Kohl angetreten, um die geistig-moralische Wende einzuleiten. Was ist daraus geworden?

Es liegt nun mal am Polizeiberuf, dass wir sehr empfindlich sind, was moralische und sittliche Werte, was Recht und Unrecht angeht. Genau dies erwarten die Bürger auch von uns.

Wir repräsentieren für die meisten Bürger den Rechtsstaat.

Gerade weil wir so empfindlich sind und weil wir täglich hautnah mit den Problemen der Menschen zu tun haben, spüren wir als Polizisten gesellschaftliche Veränderungen, auch Verwerfungen, oft als erste. Wir sind sozusagen der Seismograph der Gesellschaft und wir stellen fest: Die Ausschläge zum Negativen sind inzwischen immer heftiger.

Die Frage ist nur: Wen interessiert das?

In der Politik hat man oft den Eindruck, dass es nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern ausschließlich um die Darstellung der eigenen Position bzw. Person.

Auffallen um jeden Preis: siehe Jürgen Möllemann in Nordrhein-Westfalen und Ronald Schill in Hamburg. Die Öffentlichkeit als Bühne der Selbstdarstellung.

Dabei wird Diskusstiefe durch Diskussionsbreite - also Oberflächlichkeit ersetzt. Oder man trifft auf hochkompetente Ratlosigkeit.

Die Fachleute des Theaters sprechen bei einem Schauspieler, der sich ständig in den Vordergrund - "ins Rampenlicht" - stellt, um überall Beifall zu erheischen, von einer "Rampensau". Da kann ich nur sagen: in der Politik können wir auf derartige Verhaltensweisen verzichten. Die GdP gibt nicht nur allen Rechtsextremisten, sondern auch allen Rechtspopulisten eine Abfuhr. Wir brauchen keine aufgeblasenen Selbstdarsteller.

Aber nicht die Politik allein ist schuld am Zustand unserer Gesellschaft. Nein, wir haben ein Versagen der Gesellschaft insgesamt und was noch schlimmer ist, auch von sog. gesellschaftlichen Eliten.

Wie ist es um die moralischen Werte, die Ehrlichkeit bei uns bestellt?

Der jüngste Index über das Ausmaß der Korruption, vorgestellt Ende August 2002 von "Transparency International", setzte Deutschland gegenüber 1999 von Rang 14 auf Rang 18. Damit findet sich Deutschland im unteren Drittel der Länder wieder, mit denen es sich normalerweise vergleicht. Vor Deutschland rangieren nicht nur sieben EU-Mitgliedsländer, sondern auch Staaten wie Neuseeland, Singapur, Australien, Hongkong oder die USA.

Man muss aber nicht erst "Transparency International" bemühen, um das Abhandenkommen von Werten festzustellen. Dafür genügt die tägliche Zeitungslektüre.

Die Spendenaffäre der CDU war für viele Menschen schon ein schier unglaublicher Vorgang.

- Doch schaffte es der Kölner SPD-Klüngel, die nächste Dimension des bislang Unvorstellbaren zu erreichen.

Nur eine Zahl: für die Freilassung des Müllunternehmers Trienekens aus der Untersuchungshaft wurden 200 Millionen EURO als Kautions festgesetzt!

Diese Summe übersteigt das Vorstellungsvermögen eines normalen Arbeitnehmers.

- Da haben wir auch die viele Millionen EURO Steuerhinterziehung durch unser Tennis-Idol Boris Becker, dem nun eine Anklage droht, weil er einen Scheinwohnsitz in Monaco hatte, um hier bei uns keine Steuern zu bezahlen.

Oder andere Beispiele:

- Die Wirtschaft boomt - allerdings im Illegalen.

Jährlich wächst die Schwarzarbeit bis zu fünf Prozent.

Nach Schätzungen soll sie ca. 15% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen - mit einem Schaden von ca. 350 Milliarden EURO.

- Die Illustrierte "Stern" berichtete, dass der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Breuer, 12 Millionen EURO im Jahr bekommen hat. Das entspricht einem Stundenlohn von 4000 EURO.

Eine Summe, die dem Jahresgehalt von 423 "normalen" Bankangestellten entspricht, wenn man den dortigen Tarifvertrag zugrunde legt.

Ich mache eine weitere Rechnung auf:

Von diesem Geld könnte man ein Jahr lang 300 Polizisten bezahlen. Bei allem Respekt

vor der möglichen Leistung von Herrn Breuer: Soviel Leistung, wie diese 300 Polizisten

bringen, kann er bei Weitem nicht erreichen.

Herr Breuer ist kein Einzelfall, er dient hier nur als Rechenbeispiel. Es gibt noch andere Beispiele, die die Frage aufwerfen, ob mit bestimmten Summen und Verhaltensweisen nicht jegliches Maß verletzt ist.

- Da erzielt die Deutsche Bank - wieso komme ich eigentlich schon wieder auf diese Bank? - im vergangenen Jahr nach Angaben von Herrn Breuer einen Gewinn von 600 Millionen EURO, und zugleich wird stolz verkündet, dass die Bank keinen Cent Unternehmenssteuer bezahlt.

Gleiches verkündet voller Stolz Daimler/Chrysler.

Das erkläre mal jemand dem normalen Arbeitnehmer, unseren Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei.

Ich kann es jedenfalls nicht. Ich kann auch niemandem erklären, dass sich die durchschnittliche Vergütung der Vorstände großer Unternehmen zwischen 1995 und 2000, also in fünf Jahren, fast verdreifacht hat, während das Realeinkommen im öffentlichen Dienst, nach Abzug der Preissteigerungsrate zwischen 1991 und 2001, also in zehn Jahren, sich sogar verringert hat.

Eines ist klar: auf den Vorstandsetagen ist unser Motto "In Sicherheit leben" - zumindest was die wirtschaftliche Lage angeht - längst Realität.

Politik und Wirtschaft, aber auch das Show-Business und der Sport, liefern völlig unbekümmert zahlreiche Beispiele, die für die Bürger nur eine Botschaft transportieren:

Mit Egoismus und Habgier kommst du weiter!

Raffgier hat Konjunktur.

Moralische Grundprinzipien wie Solidarität und Orientierung am Gemeinwohl, Rücksicht und Hilfe für Schwächere sind "out", der Ellbogen ist "in".

Eines muss man jedoch deutlich sagen: Je größer die Kluft zwischen arm und reich wird, um so mehr Gefahren drohen für die innere Stabilität, auch mit Auswirkungen auf die Kriminalität.

Als Polizist hat man sowieso häufig den Eindruck, dass man die "Verkehrten" einsperrt.

Wir müssen unseren Blickwinkel gesellschaftlich verändern: Nicht nur die Kriminalität der "Kleinen", die sog. Klein- und Massen-Kriminalität, sondern die Kriminalität der "Großen", der Reichen und Mächtigen, nämlich Korruption, Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe muss verstärkt bekämpft werden. Das würde unserem demokratischen Rechtsstaat gut tun und den Polizisten die Freude an der Arbeit erhöhen.

Gerade das schwindende Vertrauen in Politik und Politiker macht mir Sorgen, weil es letztlich zur Distanz des Bürgers zum demokratischen Rechtsstaat führt. Er identifiziert sich nicht mehr mit "seinem" Staat, weil - so das Empfinden - die Repräsentanten des Staates sich nicht mehr mit ihm, dem Bürger, identifizieren.

Aber auch der Blick in den Spiegel kann sehr hilfreich sein. Wie hält es der Bürger denn selbst mit der Wohlanständigkeit und der Rechtstreue?

Aufschluss gibt eine sozialpsychologische Studie, die kürzlich die Frankfurter Professorin Ingrid Deusinger veröffentlicht hat. Danach steht kaum ein Bürger noch uneingeschränkt zu Recht und Gesetz - da geht der Kelch auch an uns nicht vorüber!

Die Ursache, die die Sozialpsychologin für diese Entwicklung ausgemacht hat,

stimmt schon bedenklich: danach ist das Befolgen von Gesetzen und Regeln in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr zur relativen Größe geworden, nicht mehr wichtig genug, um bei der Kindererziehung noch eine grundlegende Rolle zu spielen.

Gesetze und Regeln sind aber keine Lichtschalter, die man an- und ausschalten kann, ganz wie es einem gerade in den Kram passt. Gleiches gilt für Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit.

Und wie sieht es mit der Arbeitsbelastung der Polizei aus?

Wir weisen seit Jahr und Tag auf die ständig steigenden Aufgaben hin. Von der Bekämpfung der Geldwäsche, der Internetkriminalität, dem Aufbau der Gen-Datei, der Bekämpfung des zunehmenden Menschenhandels, des Rechtsextremismus - und natürlich den Terrorismus nicht zu vergessen. Da sind auch die Grosseinsätze, nahezu am jedem Wochenende zu nennen: ob Staatsgäste, Wirtschaftsgipfel, Neonazi-Demonstrationen bis zu Castor-Einsätzen. Da sind ständig neue Gesetze mit neuen Aufgaben für die Polizei. Ob Hundeverordnung oder Handy-Verbot beim Autofahren.

Gleichzeitig wird das Personal immer knapper.

Und was passiert?

Die Politiker werden nicht müde zu beteuern, dass trotz dieser immer weiter auseinander klaffenden Schere die innere Sicherheit nicht gefährdet ist.

Es kann passieren was will: nein, die innere Sicherheit ist nicht gefährdet.

Sollen wir dem Bürger mal sagen, wie viele Polizisten tatsächlich nachts noch auf Streife sind?

Es gibt reihenweise potemkinsche Dörfer, in denen eine Sicherheit behauptet wird, die es tatsächlich längst nicht mehr gibt.

Das, was bei der Polizei noch geht, ist nur möglich, weil unsere Kolleginnen und Kollegen es einfach nicht fertig bringen, die innere Sicherheit gegen den Baum fahren zu lassen.

Da gibt es immer noch eine ausgeprägte Berufsauffassung!

Aber ich sage:

Irgendwann ist das erträgliche Maß überschritten - und dieser Zeitpunkt ist nicht mehr fern, zumal gleichzeitig tief in die Taschen der Polizeibesetzten gegriffen wird.

Seit Mitte der neunziger Jahre wird vom Bund und den Ländern eine aggressive Sparpolitik betrieben.

Personalkürzungen, umfangreiche Privatisierungen und soziale Verschlechterungen sind an der Tagesordnung.

- Von der Streichung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage bis zur Verschlechterung bei der Beihilfe und Freien Heilfürsorge

- und als besonders einschneidende Maßnahme:

die Absenkung beim Renten- und Versorgungsniveau.

Dieses sitzt tief bei uns!

Unser Grundgesetz spricht in Artikel 28 von einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Ich habe in der Polizeiausbildung gelernt, dass die Verfassung keinen Zustand, sondern einen Auftrag beschreibt - den Auftrag nämlich, diesen demokratischen und sozialen Rechtsstaat im Lichte der Grundrechte zu bewahren und weiter zu entwickeln.

Offen gestanden, ich habe Zweifel, ob hier die Richtung noch stimmt.

Für mich gehört beispielsweise der Grundsatz der Solidarität zum sozialen Rechtsstaat. Die paritätische Beitragszahlung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu den sozialen Sicherungssystemen ist eine der großen Errungenschaften des Sozialstaats.

Inzwischen stehlen sich die Arbeitgeber - auch die öffentlichen! - immer mehr aus dieser Solidarität heraus. Ihre Begründung: das Ganze sei nicht mehr finanzierbar, der Einzelne müsse mehr Verantwortung für sein Alter und seine Gesundheitsvorsorge übernehmen.

Das ist blanker Hohn.

Als ob das Geld nur bei den Arbeitgebern knapp würde! Sie beklagen die ungeheure Abgabenlast und tun so, als ob der Arbeitnehmer nicht seine Last ebenso zu schultern hätte.

Schlimmer noch: sie reden - wie auch das konservative und das so genannte liberale politische Lager in unserer Republik - von mehr Verantwortung, sie reden vom mündigen Bürger, der selbst am Besten wisse, wie er seine Vorsorge regelt. Und dann wird noch über die hohen Löhne geklagt.

Das ist der Gipfel der Dreistigkeit.

Wahr ist doch: Will der Bürger den bisherigen Stand an sozialer Absicherung erhalten, muss er dafür aufkommen, und zwar ganz allein. Er zahlt also zusätzlich für dasselbe Leistungsniveau.

Sein Anteil an der Abgabenlast steigt, weil er zweimal zahlt. Unter dem Strich hat er also weniger in der Tasche für den privaten Konsum.

Und da wird es einfach ärgerlich. Zugleich wird nämlich lauthals beklagt, dass die Bürger nicht genug konsumieren. Wirtschaftswissenschaftler und der Handel sehen sorgenvoll die Kaufzurückhaltung als eine der Gründe für die lahrende Konjunktur.

Alles klar, der Schuldige ist ausgemacht:

Das ist der Bürger, der vaterlandslose Geselle! Er verweigert sich den hehren Zielen deutschen Wirtschaftswachstums und kauft einfach nicht.

Noch schlimmer: Weil er nicht kauft, muss der Einzelhandel Entlassungen vornehmen, also trägt der Bürger eine Mitschuld an der Arbeitslosigkeit.

Ich stelle eine andere Frage: Wie hoch muss ein Lohn sein, damit man von ihm leben kann?

Über diese Frage wünsche ich mir mal eine öffentliche Debatte.

In den USA, die doch so gerne als leuchtendes Beispiel für eine funktionierende Wirtschaft mit einer ungeheuer willigen und flexiblen Arbeitnehmerschaft dargestellt werden, gibt es seit längerem ein Problem, das hier tot geschwiegen wird:

"Working poor" - heißt es. Wörtlich übersetzt: "Sich arm arbeiten". Es bedeutet, dass sich mit Arbeit das Leben nicht mehr finanzieren lässt, zumindest nicht mehr mit nur einem Arbeitsplatz.

So etwas wollen wir hier in Deutschland nicht erleben. Deshalb sind für uns Tarifverträge kein lästiges Hindernis für freies Unternehmertum, sondern der Garant dafür, dass Arbeit flächendeckend grundsätzlich gleich und angemessen entlohnt wird.

Das darf sich durchaus noch verbessern.

Die Kaufzurückhaltung, von der ich schon sprach, hat aus meiner Sicht einen weiteren Grund. Die Einführung des EURO, der gerne auch als "TEURO" gescholten wird, obwohl ich ihn für völlig unschuldig halte. Er war offenkundig nur der willkommene Anlass, sich beim Kunden, also beim Bürger, mehr oder minder schamlos zu bedienen.

Der Hinweis auf die offiziell festgestellte Teuerungsrate nützt mir wenig. Im August hat sie 1 Prozent betragen.

Ich kann mir nicht helfen:

Die Sachen, die ich kaufe, können in dem Warenkorb, der Grundlage für die Berechnung der Teuerungsrate ist, nicht enthalten sein. Ich jedenfalls stelle fest, dass mir EURO und Cent nur so durch die Finger rinnen. Das ist auch hier in den fünf teuren Ländern so. Das ist kein Versprecher. Ich meine wirklich: die fünf teuren Länder.

Ich bin viel unterwegs. Ich kann nicht feststellen - übrigens Millionen von Touristen auch nicht - , dass Hotels ihre Zimmer um jene zehn Prozentpunkte Niveauunterschied zum Westeinkommen billiger vermieten; und die Speisekarten weisen auch keinen entsprechenden Rabatt aus.

Ich sage es gleich zu Beginn dieses Kongresses und in Anbetracht der in Kürze bevorstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst:

Das Jahr 2007 als Ziel der Ost-West-Angleichung können wir nicht akzeptieren!

Das kann man nur als Hohn empfinden - und zwar in Ost wie in West.

Das Hinausschieben bedeutet nämlich, dass der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" weiterhin verletzt wird.

Es geht hier nicht nur um den materiellen Ausgleich.

Es geht um Gerechtigkeit.

Und gerade diese gehört zur deutschen Einheit.

Uns ist es sehr ernst damit, dass unser Motto "In Sicherheit leben" auch für die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Polizeibesetzten Gültigkeit erlangt.

Wie ernst es uns damit ist, das ist der Antragsmappe dieses Kongresses zu entnehmen.

Gleich zwei Landesbezirke haben nämlich beantragt, für das "Streikrecht für Beamte" einzutreten. Der eine Antrag kommt aus Brandenburg, der andere aus Bayern.

Also: wenn selbst unsere bayerischen Kolleginnen und Kollegen dieses für eingefleischte Beamtenpolitiker unerhörte Ansinnen stellen, dann muss etwas faul sein im Staate Deutschland.

Das ist es auch!

Diese Anträge sind das Echo auf eine Erkenntnis, die sich bei unseren Kolleginnen und Kollegen seit Jahren verfestigt:

Immer mehr Arbeit.

Immer mehr Verantwortung.

Und auf der anderen Seite Verschlechterungen im sozialen Bereich, z.B. bei der Altersversorgung und Besoldung.

Im Grunde ist es das Gefühl der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, das die Kolleginnen und Kollegen umhertreibt.

Es wird gnadenlos aufgeladen, aber das hindert niemanden, den Beamtinnen und Beamten in die Tasche zu greifen - wohl wissend, dass sie sich nicht großartig wehren können.

Wer also die Forderung nach dem Streikrecht für unanständig hält, muss sich prüfen, ob er sich nicht zuvor unanständig gegenüber den Beamten verhalten hat.

Und noch eines:

Es soll ja Berufsorganisationen geben, die das Beamtentum für so heilig halten, dass sie es wie eine Monstranz vor sich her tragen. Wenn denen die bisherigen Verhandlungsmöglichkeiten reichen - bitte sehr!

Wir wollen mehr, wir wollen größere Einflussmöglichkeiten, und ich glaube, unser demokratischer Rechtsstaat hält das auch aus.

Es gibt ja auch ein leuchtendes Beispiel aus jüngster Zeit: die Schweiz!

Ausgerechnet dort in diesem Hort von Tradition und Bedächtigkeit ist der Beamtenstatus abgeschafft worden, und zwar am 26. November 2000 per Volksentscheid. Jetzt gibt es in der Schweiz für Polizisten einen öffentlich-rechtlichen Status als Angestellte mit Vollzugsaufgaben. Das hat den unübersehbaren Vorteil, dass es volle Verhandlungsrechte einschließlich Streikrecht gibt.

Ich gebe zu, das klingt verlockend. Ob letztlich das Schweizer Modell für unser Problem die passende Lösung darstellt, will ich hier gar nicht beurteilen. Ich halte allerdings die Diskussion über weitergehende Verhandlungsrechte für dringend notwendig.

Wir wollen, dass "In Sicherheit leben" für die Bürger eine verlässliche Maxime wird. Dann aber muss Schluss sein mit der aggressiven Sparpolitik, wie sie insbesondere bis zum 11. September 2001 in Bund und Ländern gefahren worden ist.

Dann muss Schluss sein mit der Privatisierung auf Teufel komm' raus. Es darf nicht soweit kommen, dass der Staat im Bereich der Inneren Sicherheit nur noch eine Grundversorgung bietet, und wer mehr Sicherheit möchte, muss sie sich selber kaufen und private Sicherheit engagieren, um z.B. für 30-50 EURO sein Wohnhaus, sein Wohngebiet bewachen zu lassen.

Der Tag der Terroranschläge in den USA markiert tatsächlich eine Zäsur. Das Datum 11. September ist seither Synonym für diese heute noch unfassbare Tat.

Seit diesem 11. September 2001 hat das Thema Sicherheit wieder Konjunktur, und Politiker lassen sich feiern, weil es Personalvermehrungen gibt. Man muss nur genau nachrechnen: in vielen Fällen wurde nicht einmal der Personalbestand wieder erreicht, der vor den Streichkonzerten galt - von tatsächlicher Vermehrung per saldo kann also kaum die Rede sein.

Von einer verlässlichen Personalplanung bei der Polizei - vor allem über Legislaturperioden hinaus - sind wir immer noch weit entfernt. Genau die brauchen wir aber, um endlich aus der Kurzatmigkeit bei der Personalpolitik heraus zu kommen.

Was soll man denn davon halten, dass die Bayern die Altersteilzeit für Beamte beschließen, aber noch vor Inkrafttreten des entsprechenden Gesetzes schon wieder dessen Aufhebung betreiben?!

"In Sicherheit leben" - das ist ein hehrer Anspruch. Das weiß ich. Wie trügerisch ein solches Gefühl sein kann, haben besonders die Bürger bei der Flutkatastrophe insbesondere in den neuen Ländern vor wenigen Wochen erlebt. In kürzester Zeit

wurde die Aufbau-Arbeit von mehr als zehn Jahren vernichtet.

In der Folge haben wir allerdings erlebt, dass doch noch nicht alles verloren ist, was ethische Werte angeht.

Der Flutwelle folgte eine Welle der Hilfsbereitschaft, die wirklich Mut macht. Praktizierte Solidarität, ganz unmittelbar durch kräftiges Zupacken vor Ort oder durch die beeindruckende Spendenbereitschaft.

Das macht Mut.
Das lässt hoffen.

Aber es gibt auch andere gesellschaftliche Entwicklungen, die zur Sorge Anlass geben.

Laut der letzten Shell-Studie interessieren sich immer weniger Jugendliche für Politik.

Danach sind nur noch 30 Prozent der 12- bis 25jährigen an Politik interessiert. Vor rund zehn Jahren waren es noch 57 Prozent das ist also ein Rückgang um 27 Prozentpunkte.

Dem entspricht eine weitere Erkenntnis. In Hamburg wurde bei den Erstwählern der jüngsten Bundestagswahl das politische Grundwissen getestet.

Ergebnis: 65 Prozent konnten mit dem Foto des Bundespräsidenten nichts anfangen, sie wussten nicht, wer das war!

Und 64 Prozent wussten nicht, wer der Bundesinnenminister ist. Sorry, Herr Schily!

Das erinnert fatal an einen alten Sponti-Spruch aus der 68er Generation:

"Wissen ist Macht - Nichtwissen macht auch nichts!"

Wer in diesem Zusammenhang den Niedergang der Bildung beklagt und die Pisa-Studie zum Kronzeugen aufruft, der irrt. Das ist nämlich kein neues Problem. Das Schlagwort von der "deutschen Bildungskatastrophe" ist genau 38 Jahre alt. Im Jahr 1964 veröffentlichte der Pädagoge Georg Picht sein Buch mit diesem Titel. Darin beklagte er inhaltliche und organisatorische Mängel im deutschen Bildungssystem. Pisa belegt also im Grunde nur, dass sich das Problem erhalten hat.

Das kennen wir auch von einem Thema, das unser Motto in ganz besonderer Weise verdeutlicht:

Die Gewalt in unserer Gesellschaft.

"In Sicherheit leben" - das wollen die Bürger - das wollen aber auch die Polizistinnen und Polizisten.

Sie erfahren buchstäblich am eigenen Leibe, wie die Gewalt in der Gesellschaft zugenommen hat. Uns allen ist das Jahr 2000 in schrecklicher Erinnerung, als acht Kolleginnen und Kollegen Mordtaten zum Opfer fielen.

In diesem Jahr sind es zwei Kollegen, die ihr Leben durch Verbrecherhand verloren, Andreas Gorski in Erfurt und Gerd Höllige in Bonn.

Die Frage, die ich stelle, ist: Wann halten wir alle, wann hält die Gesellschaft inne, um eine Umkehr einzuleiten - Hin zu einem friedlichen Miteinander?

Ich rede nicht von einer naiven Idylle. Ich weiß, Aggressionen gehören zur Natur des Menschen und sind auch eine wichtige Schutzfunktion. Es geht aber darum zu lernen, mit den eigenen Aggressionen verantwortlich umzugehen.

Dieser Lernprozess beginnt im Kindesalter. Da sind in erster Linie die Eltern und dann die Schule gefragt - nicht zu vergessen alle Erwachsenen. Kinder lernen nämlich von Vorbildern, leider auch von schlechten.

Alle diese Erkenntnisse sind nicht neu. Das Traurige ist, dass diese Erkenntnisse bereits vor 12 Jahren zusammengetragen und veröffentlicht wurden. Ich spreche von dem Gutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt. Die Kohl-Regierung hatte diese hochkarätig besetzte Kommission 1987, also vor 15 Jahren, eingesetzt.

Die Ergebnisse wurden 1990 veröffentlicht. Auf insgesamt 2.584 Seiten finden sich Analysen und Vorschläge, die nichts, aber auch gar nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

Daher sage ich:

Fangt endlich an mit der Umsetzung der Vorschläge und setzt bloß nicht erst wieder eine Kommission ein! Das kostet nicht nur Geld - das kostet Zeit, und die ist viel kostbarer.

Ich habe schon gesagt: Wertevermittlung beginnt im Elternhaus.

Wie heißt es doch:

Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr!

Gerade zur jüngsten Bundestagswahl gab es Partei- und Wahlprogramme zuhauf, in denen von Werten und deren Vermittlung im Elternhaus die Rede war.

Wie ernst ist das alles gemeint?

Zweifel sind erlaubt. Wirtschaft und Teile der Politik nämlich wiederholen gebetsmühlenhaft, dass es den deutschen Arbeitnehmern an Flexibilität mangelt.

Was bedeutet das in der Praxis?

Ob Familien auseinander gerissen werden, ob Alleinerziehende immer mehr Probleme bekommen, den ganz normalen Alltag zu organisieren - alles das interessiert nicht.

Was zählt, ist allein das wirtschaftliche Interesse.

Dieser Staat ist groß geworden, weil immer der Ausgleich zwischen sozialen und wirtschaftlichen Interessen unter Beachtung der ethisch-moralischen Grundwerte gelungen ist.

Da müssen wir wieder anknüpfen. Es geht um die soziale Balance.

Und wie sieht die Zukunft aus?

Die Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit werden auch zukünftig zunehmen, denn folgende Entwicklungen sind absehbar:

- Der europäische Integrationsprozess hat natürlich Einfluss auf das Kriminalitätsgeschehen und dessen Bekämpfung.
- Die Migrationsbewegungen und die geplante EU-Osterweiterung werden ebenfalls einschneidende Auswirkungen auf die Kriminalität haben.
- Auch im Bereich der Organisierten Kriminalität gibt es Globalisierungsgefahren.
- Neue Formen der Kriminalität, wie Computer- und Internetkriminalität stellen die Polizei vor neue Herausforderungen.
- Die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik verändert auch kriminelles Verhalten.
- Der zunehmende Anonymisierung unserer Gesellschaft, der zunehmende Verlust des inneren Zusammenhalts unserer Gesellschaft und die Destabilisierung der Familie stellen an die Polizei neue Herausforderungen. Die Polizei wird immer häufiger zur Konfliktschlichtung gerufen.

Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

Umdenken ist erforderlich. Die Gesellschaft muss sich stärker auf ihre inneren Werte, auf ihre moralische Maßstäbe besinnen. Wir brauchen bessere Vorbilder.

Wer der Polizei immer mehr Aufgaben gibt und immer mehr Gesetze macht, der muss auch dafür sorgen, dass die Polizei das Personal dafür erhält.

Sonst haben wir die Situation, dass alles geregelt ist, aber keiner hält sich dran.

Die innere Sicherheit verträgt weder Schwankungen nach Haushaltslagen, noch darf sie ausschließlich marktwirtschaftlichen Überlegungen preisgegeben werden.

Sicherheit - so heißt es in unserem Leitantrag - darf nur ein Prädikat haben:

"Gut" - aber niemals "Billig".

Dieser Kongress will dazu beitragen, dass unser Motto "In Sicherheit leben" ein Stück mehr Wirklichkeit wird. Für die Bürger und für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Dafür brauchen wir mehr Verlässlichkeit in der Politik und eine Wirtschaft, die sich auch dem Gemeinwohl verpflichtet sieht.

Da halte ich es mit meinem Fernsehkollegen, dem Tatort-Kommissar Ehrlicher. Peter Sodann, der den Kommissar Ehrlicher spielt, hat kürzlich gesagt:

"Mit der Wahrheit können wir leben, von Versprechungen nicht!"

Recht hat er.